



# Dr. Stefan Kaufmann

04/2015  
03.03.2015

## Brief aus Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

am Wochenende ging es – zwischen zwei Sitzungswochen – auf Klausurtagungen der CDU Stuttgart und der AG Bildung und Forschung der Bundestagsfraktion um die Zukunft: die Zukunft der CDU Stuttgart, die Zukunft der Stadt Stuttgart und die Zukunft des Bildungs- und Forschungsstandorts Deutschland. Dank engagierter Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind wir zu jeweils sehr guten Ergebnissen gekommen. Unsere fünf Top-Themen für die bundespolitische Arbeit in diesem Jahr: Industrie 4.0, Wissenschaftlicher Nachwuchs, Transfer in der Gesundheitsforschung, Berufs- und Studienorientierung sowie Hightech-Strategie. Und: auch bei der Stuttgarter Klausur ist die Bedeutung von Forschung und Innovation für die zukünftige Entwicklung der Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropole Stadt deutlich geworden. Eine schöne Klammer also! Ob Griechenland noch eine Zukunft in der Euro-Zone hat, werden die nächsten vier Monate zeigen. In diesem Brief begründe ich, warum ich trotz der völlig inakzeptablen Begleitmusik der neuen linkspopulistischen griechischen Regierung für eine Verlängerung der Griechenlandhilfe gestimmt habe. Wahrscheinlich keine leichte Entscheidung. Aber auch hier gilt: Emotionen sind nur selten die richtige Grundlage für kluges Verhalten. Ich verstehe aber auch jeden, der für sich selbst eine andere Entscheidung getroffen hätte – oder hat. Und ich bin mir sicher, dass sich Wolfgang Schäuble mit seiner konsequenten Haltung in Europa durchsetzen wird. Das muss der griechischen Regierung klar sein.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich  
Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

## Expertenlob für den Forschungsstandort Deutschland



Dietmar Harhoff, der Vorsitzende der Expertenkommission, übergibt das Gutachten an Bundeskanzlerin Angela Merkel © Bundesregierung/Sandra Steins

Berlin – Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hat am Mittwoch, 25. Februar, ihr Jahresgutachten 2015 zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands im

Beisein von Bundesforschungsministerin Johanna Wanka an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben. Die Kommission analysiert aktuelle Entwicklungen und leitet zu einer Reihe von Schwerpunktthemen Empfehlungen für die Forschungs- und Innovationspolitik ab. Im aktuellen Gutachten haben die Experten unserer Forschungs- und Innovationspolitik ein gutes Zeugnis ausgestellt. Darüber freue ich mich als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion im zuständigen Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages sehr! Die Neufassung von Artikel 91b des Grundgesetzes im vergangenen Jahr, mit der wir wichtige Gestaltungsspielräume im Hochschulbereich geschaffen haben, bezeichnet die Kommission als „wichtigen Erfolg“ und „großen Wurf“. Die Grund-

gesetzänderung ermöglicht es, Hochschulen von überregionaler Bedeutung dauerhaft zu fördern; bisher war dies nur befristet möglich. Lob gab es auch für die Innovationsförderung durch die

„Deutschland steht als Innovationsstandort gut da.“  
Professor Dietmar Harhoff, Vorsitzender der Expertenkommission Forschung und Innovation

gezielte Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen der neuen Hightech-Strategie. An ihrer Weiterentwicklung zu einer nationalen Innovationsstrategie habe ich im vergangenen Jahr intensiv mitgearbeitet. Auch freue ich mich darüber, dass die Gutachter klar auf die Pflichten der Länder hingewiesen haben: durch die große BAföG-Reform im letzten Jahr – ich hatte im Brief aus Berlin detailliert darüber berichtet – verfügen die Länder über finanzielle Spielräume von jährlich rund 1,2 Milliarden Euro. Diese müssen die Länder vereinbarungsgemäß vor allem für eine Verbesserung der Grundfinanzierung ihrer Hochschulen nutzen. Nur gemeinsam mit den Ländern werden wir erreichen, dass Deutschland ein attraktiver Wissenschafts- und Forschungs-

standort bleibt. Der Vorsitzende der Expertenkommission, Professor Dietmar Harhoff, sagte zusammenfassend bei der Übergabe im Bundeskanzleramt: „Deutschland steht als Innovationsstandort gut da.“ Das erfreuliche Urteil der Gutachter ist meinen Kollegen und mir Motivation und Ansporn, in unseren Anstrengungen für eine gute Innovations- und Forschungspolitik nicht nachzulassen. Am Wochenende sind wir zu einer Klausurtagung zusammengekommen, um über die nächsten Projekte zu beraten. So setzen wir uns beispielsweise mit Nachdruck für verbesserte Rahmenbedingungen für Wagniskapital ein. Ein weiteres Thema, das die Experten in ihrem Gutachten ansprechen und das wir angehen wollen, ist ein modernes Urheberrecht. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte bei der Übergabe des Gutachtens zur Bedeutung von Forschung und Innovation für unser Land treffend: „Wir erschließen uns damit Zukunft.“ Mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der Fraktion freue ich mich darüber, die Bundeskanzlerin bei diesem wichtigen Thema fest an unserer Seite zu wissen!

Das EFI-Gutachten 2015 gibt es hier zum Abrufen:  
<http://bit.ly/17Bev53>

## Brief aus Berlin

### Diskussion mit Studierenden aus Deutschland, Israel und Palästina



Mit den Studierenden im abendlichen Foyer des Paul-Löbe-Hauses © DAAD/Ulf Dieter

**Berlin** – Am Dienstagabend, 24. Februar, habe ich im Paul-Löbe-Haus des Bundestages mit einer

Gruppe von DAAD-Stipendiatinnen und -Stipendiaten diskutiert. Der DAAD unterstützt eine einzigartige Hochschulkooperation zwischen der FU Berlin, der Hebräischen Universität und der arabischen Al-Quds Universität in Jerusalem. Dabei handelt es sich um einen trilateralen webbasierten Masterstudiengang „Intellectu-

al Encounters of the Islamicate World“, der die gemeinsame Weiterqualifizierung von jungen Nachwuchswissenschaftlern aus Deutschland, Israel und Palästina sowie die Ausbildung künftiger Entscheidungsträger und Kooperationspartner Deutschlands in den jeweiligen Ländern zum Ziel hat. In unserem Gespräch ging es nicht nur um meine Arbeit als Abgeordneter, sondern vor allem auch um den Umgang der deutschen Politik und Gesellschaft mit Migration,

kultureller und religiöser Vielfalt sowie den aktuellen Herausforderungen des Islamismus, aber auch um die deutsche Außenpolitik im Nahen Osten – insbesondere mit Blick auf Israel und Palästina sowie Fragen rund um die europäische Integration. Eine wirklich spannende und gewinnbringende Diskussion – und ein vorbildliches DAAD-Projekt!

Weiterführende Informationen zum Masterstudiengang gibt es bei der Freien Universität Berlin: <http://bit.ly/1BhA72s>

### Verlängerung der Griechenlandhilfe

**Berlin** – Nach einer intensiven Debatte hat der Bundestag am Freitagvormittag, 27. Februar, grünes Licht für die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland um vier Monate gegeben. Gemeinsam mit 541 weiteren Abgeordneten habe ich dem entsprechenden Antrag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zugestimmt. Insgesamt votierten von 587 Abgeordneten 542 für den Antrag; 32 Kolleginnen und Kollegen – darunter 29 aus meiner Fraktion – stimmten dagegen, 13 enthielten sich. Meine Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger aus dem ganzen Bundesgebiet haben mir mit Blick auf die Abstimmung geschrieben und mir ihre Sorgen oder auch ihre Ablehnung mitgeteilt. Aber es gab auch Menschen, die mich gebeten haben, Griechenland nicht die Solidarität zu verweigern. Wichtig bei der Abstimmung war mir, dass es nicht – wie mitunter der Eindruck erweckt wurde – um frisches Geld für Griechenland oder irgendwelche Änderungen am laufenden Hilfsprogramm ging. Wir haben darüber abgestimmt, Griechenland vier Mona-

te zusätzliche Zeit zu geben, das laufende Programm erfolgreich abzuschließen. Insofern ist der vom Bundestag getroffene Beschluss weniger spektakulär als man aus der Berichterstattung



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble während der Debatte im Plenum © CDU/CSU-Fraktion

hätte schließen können. Mit dem Anpassungsprogramm hat Griechenland in den vergangenen Jahren Schritte in die richtige Richtung unternommen. Und auch wenn noch eine weite Wegstrecke bleibt, so wäre es fatal, wenn das Land seinen eingeschlagenen Reform- und Konsolidierungskurs verließ. Ich möchte jedoch nicht verhehlen, dass das Auftreten der neuen griechischen Regierung mir meine Entscheidung alles andere als leicht gemacht hat. Die kriegsrische Rhetorik des

griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras hat mich sehr verärgert. So gehen wir in Europa nicht miteinander um! Doch von solch ungehörigem Betragen sollte man keine Entscheidungen von solcher Tragweite abhängig machen. Davon bin ich überzeugt. Griechenland hat bereits sehr viel europäische Solidarität erfahren. Diese Solidarität war und bleibt auch weiterhin an feste Regeln gebunden. Auch Wahlversprechen ändern nichts an abgeschlossenen Verträgen. Wir

**„Wir haben nur dann eine erfolgreiche Zukunft, wenn Europa zusammensteht. Nur, wenn wir uns aufeinander verlassen kommen – in guten wie in schlechten Tagen.“**  
Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

sind nicht bereit, Wahlversprechen einer linkspopulistischen Regierung in Griechenland mit deutschen Steuergeldern zu bezahlen. Das haben wir in der Plenardebatte am Freitag noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht. Verträge sind einzuhalten und werden auch laufend durch die drei Institutionen Europäi-

sche Kommission, EZB und IWF (ehemals „Troika“) kontrolliert. „Wir haben nur dann eine erfolgreiche Zukunft, wenn Europa zusammensteht. Nur, wenn wir uns aufeinander verlassen kommen – in guten wie in schlechten Tagen“, sagte Wolfgang Schäuble in der Debatte. Zusammenhalt in Europa ist Anstrengungen wert. Doch es gilt auch die Mahnung, die Wolfgang Schäuble in der Debatte ebenfalls ausgesprochen hat: „Solidarität heißt nicht, dass man einander erpressen kann, sondern dass jeder seinen Teil beitragen muss.“ Genau darum wird es in den nächsten Wochen und Monaten gehen. Denn insbesondere unsere europäische Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn alle Mitglieder die gemeinsam beschlossenen Vorgaben und Regeln befolgen. Vor diesem Hintergrund wird meine Fraktion sehr genau hinschauen, wie die griechische Regierung ihre Reformankündigungen umsetzt. Klar ist: Sonderrechte kann es nicht geben, denn sonst würden diese auch andere Mitgliedstaaten verlangen. Dies widerspricht dem Solidaritätsgedanken und muss unbedingt verhindert werden.

## Brief aus Berlin

### PKW-Maut in erster Lesung debattiert – mehr Geld für Infrastruktur

**Stuttgart** – Mit der Einführung der Infrastrukturabgabe, landläufig besser als PKW-Maut bekannt, hat sich der Bundestag am Donnerstagvormittag, 26. Februar, erstmals befasst. Dieses Anliegen ist insbesondere von der CSU im Bundestagswahlkampf gefordert worden und Bestandteil des Koalitionsvertrages. Dieses Vorhaben setzen wir nun um. Dazu haben wir in erster Lesung zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung beraten, die zur weiteren Beratung an die zuständigen Fachausschüsse des Bundestages überwiesen wurden. In der Plenardebatte machte Bundesminister Alexander Dobrindt deutlich, dass mit der Infrastrukturabgabe ein neues Kapitel der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur aufgeschlagen wird: weg von der Steuerfinanzierung, hin zur Nutzerfinan-

zierung. Mein Landesgruppenkollege Steffen Bilger machte deutlich: „Die große Linie heißt: Wer nutzt, der bezahlt.“ In vielen Gesprächen in Stuttgart und Baden-Württemberg habe ich immer wieder gehört, dass viele Menschen sich wünschen, dass auch Autofahrer aus dem Ausland sich an der Finanzierung unserer Straßen beteiligen sollen. Mit Blick auf die Situation in unseren Nachbarstaaten Frankreich, Schweiz und Österreich überrascht dies nicht unbedingt. Wichtig ist mir bei der Umsetzung des Vorhabens, dass deutsche Autofahrer durch die neue Abgabe nicht zusätzlich belastet werden. Dies haben wir so im Koalitionsvertrag verabredet – und so müssen wir es nun auch umsetzen. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass deutsche PKW-Halter auf Bundesstraßen und Autobahnen künftig eine

jährliche Maut von maximal 130 Euro bezahlen – je nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit des Fahrzeugs. Über die Kfz-Steuer werden sie aber um exakt den gleichen Betrag entlastet. Ausländische PKW-Halter werden nur auf Autobahnen zur Kasse gebeten. Sie können statt der Jahresmaut auch eine Zehntages-Vignette für 10 Euro oder eine Zwei-Monats-Vignette für 22 Euro kaufen. Bundesstraßen können sie weiterhin kostenlos befahren. Anders als etwa in Österreich gibt es aber keine Vignette in Form eines Aufklebers für die Windschutzscheibe, sondern die Kennzeichen der Fahrzeuge, für die Maut bezahlt wurde, werden elektronisch erfasst. Auf den Straßen werden die Kennzeichen stichprobenartig erfasst und abgeglichen. Halter von mautpflichtigen Fahrzeugen, die nicht gezahlt haben

und erwischt werden, müssen eine Geldbuße zahlen. Die Maut gilt auch für Wohnmobile. Befreit sind hingegen Motorräder, Elektroautos, Wagen von Behinderten und Krankenwagen. Bundesminister Alexander Dobrindt bezeichnete die Maut in der Debatte als „fair, sinnvoll und gerecht“. Fair sei sie, weil Deutschland eine Abgabe einführe, die es in den meisten Nachbarländern schon gebe. Sinnvoll, weil jeder Euro (erwartet werden Mehreinnahmen von 500 Millionen Euro im Jahr), der zusätzlich eingenommen werde, direkt in die Infrastruktur fließe. Und gerecht sei die Abgabe, weil Nutzer von Straßen und Autobahnen angemessen an deren Finanzierung beteiligt würden. Mit diesem Dreiklang sind wir auf einem guten Weg für die weiteren Beratungen im Bundestag!

### Treffen der Wirtschaftsexpertengruppe



Dr. Dietrich Birk (l.v.r.) erläutert die Bedeutung des Maschinen- und Anlagenbaus für Baden-Württemberg

**Stuttgart** – Der Dialog mit den Vertretern der Wirtschaft ist mir weiterhin sehr wichtig. Letzte Woche traf ich mich erneut mit meiner Runde der Wirtschaftsexperten im Restaurant „Die Note“. Dieser Gruppe gehören Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft an. Sie tauscht sich zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Themen aus und liefert Anstöße für die

Wirtschaft in Stuttgart und der Region. Zu Gast war diesmal Dr. Dietrich Birk, Landesgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA). Er sprach in der Diskussion die Probleme des Maschinenbausektors im Hinblick auf den Fachkräftemangel, den Mindestlohn sowie die Abhängigkeit dieses Sektors vom Ausland an. Die Region Stuttgart wie auch das Land Baden-Württemberg stehen durch ihre großen, aber vor allem auch die vielen mittelständischen Unternehmen, im nationalen und auch internationalen Wettbewerb sehr gut da. Dies gilt es durch Innovation und Investition in die Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen nicht nur zu wahren, sondern weiter auszubauen.

### Landesfachausschuss Medien und Medienpolitik



Mit Günther-Martin Pauli, MdL in der Sitzung des Landesfachausschusses Medien und Medienpolitik

**Stuttgart** – Am vergangenen Montagabend habe ich eine weitere Sitzung des Landesfachausschusses Medien und Medienpolitik der CDU Baden-Württemberg in der Kreisgeschäftsstelle in Stuttgart geleitet. Mein Landtagskollege Günther-Martin Pauli gab in seiner Funktion als medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Einblicke in die Themen Breitband-Ausbau, Medienpädagogik, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Digitalisierung. Das Land sollte der

immer größer werdenden Bedeutung der Medien nicht hinterherrennen. Das betrifft nicht nur den Ausbau des Medienangebotes, sondern vor allem auch deren Nutzung und Handhabung. Den Vorteilen der Digitalisierung und dem Bedeutungsgewinn der Medien stehen auch einige Gefahren gegenüber, für die jüngere Menschen besonders anfällig sind. Die Politik ist hier in der Pflicht, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen – Aufklärung statt Abschreckung ist hierbei jedoch das richtige Stichwort. Im Hinblick auf die im Frühjahr 2016 anstehenden Landtagswahlen wollen wir klar Position beziehen und der Forderung nach einem sehr viel schnelleren und flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes auch in den ländlichen Kreisen starkes Gewicht beimessen.